



Hannes Androsch – Kritiker von Österreichs aufgeblühtem Sozialstaat. XENIA HAUSNER / AK

WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH

Der Terror des Status quo

Hannes Androsch und seine Ängste um Österreich

M. K. Wien · Man kennt ihn als Finanzminister Österreichs, als Vorstandschef der Creditanstalt-Bankverein, als Herr seines Industriekonzerns. Mit 72 Jahren wirkt Hannes Androsch dynamisch wie eh und je – die Assoziation zu «Hannesdampf» in allen Gassen drängt sich auf. Am Vortag ist er zum Präsidenten des Forschungsrates ernannt worden, gleich nach dem Gespräch fliegt er als Exponent nach Schanghai, wo er u. a. die chinesische Version des von ihm herausgegebenen Prachtbandes «Österreich – Geschichte, Gegenwart, Zukunft» vorstellt. Im Status Nascendi ist sein jüngstes Kind, eine Bildungsinitiative. Kürzertreten? Entrüstet weist er schon den Gedanken daran zurück.

Zu geringer Leidensdruck

Vom Schreibtisch seines Konzernbüros auf dem Wiener Ring blickt Androsch direkt auf die Staatsoper. Aus jedem seiner Worte spürt man, wie er darunter leidet, dass in «seinem Österreich» wenig so läuft, wie es sollte. Seine Funktionen sind keinesfalls Beschäftigungstherapien für jemanden, der auch in schlechten Zeiten, wie jenen seines Steuerverfahrens, gewohnt war, im Mittelpunkt zu stehen. Androsch war in der SPÖ nie ein Linker, sondern ein dem wirtschaftlichen Denken verpflichteter Pragmatiker, Keynesianer zwar, aber nie l'art pour l'art: Ankurbeln via Schulden ja, aber nicht, um den Sozialstaat zu alimentieren, sondern um in die Infrastruktur zu investieren. Heute ist Androsch ein auch für seine SPÖ unbequemer Kritiker der Reformangst und des «Terrors des Status quo».

Was überwiegt in Österreich? Die relative Stärke oder der schleichende, von Selbstzufriedenheit geprägte Trend zum Schlechteren? Androsch erinnert an die OECD, die Österreich seit Mitte der neunziger Jahre an Boden verlieren sieht. Man müsse jedoch trennen zwischen erfolgreichen, im Wettbewerb stehenden Sektoren und Bereichen, die von Versteinierung, Ineffizienz und Missbräuchen geprägt seien. Selbst in guten Jahren habe man den Sozialstaat auf Pump ausgebaut. Die Folge seien die Schief lagen der öffentlichen Haushalte; die Krise habe das nur an die Oberfläche gebracht. Dagegen wurde zu wenig in die Zukunft investiert. Daher lautet Androschs Diagnose: Es steht nicht schlecht um Österreich, doch nicht annähernd so gut, wie es sein könnte.

Gründe für die strukturellen Defizite gebe es viele, meint er. Die Fehlentwicklung im Pensionssystem, die seit den neunziger Jahren absehbar war, sei nicht korrigiert, sondern noch begünstigt worden; heute sei ein Viertel der Pensionierten in Frührente. Oder: Ös-

terreichs Subventionsquote sei doppelt so hoch wie der EU-Schnitt. Ob Gesundheit oder Bildung, das Muster bleibe gleich: Der Mitteleinsatz sei über, der Output unterdurchschnittlich. Besonders arg sei das Missverhältnis beim Militär; 24 000 Verwaltungsbeamte bei 11 000 Soldaten, von denen bloss 3000 militärisch einsatzfähig seien.

Eine Radikalkur lehnt Androsch ab, nennt die Schweizer Schuldenbremse als Vorbild. Das strukturelle Defizit von 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) müsse abgebaut werden. Einschliesslich der Lasten der alternden Gesellschaft (4%) und der Zukunftsaufgaben (3%) liege der Korrekturbedarf bei 10% des BIP. Dem stehe ein Einsparungspotenzial von 20 Mrd. € (7% des BIP) gegenüber. Die Aufgabe sei schwierig, aber machbar, meint Androsch, doch fehle es an Reformwillen. Er habe vergeblich auf den Leidensdruck der Krise gehofft. Die Sozialpartner seien früher ein stabilisierender Faktor gewesen, oft gar Substitut für schwache Regierungen, heute seien sie aber Kräfte der Beharrung, allen voran die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Dazu komme die Fehlentwicklung im Föderalismus. Die Landeshauptleute seien so stark, dass sie alles blockieren könnten. Zwei Dutzend solcher Amtsträger und Funktionäre hätten die Zukunft des Landes und die Regierung in Geiselschaft genommen.

Grenzen der Bilateralen

Allerdings fehlt es laut Androsch der Regierung an Kraft und Willen zur Reform, weshalb er auf Koalitionen der «Vernünftigen und Zukunftsorientierten» setzt, um Druck für Veränderungen zu machen. So sei seine Initiative für ein Bildungs-Volksbegehren zu verstehen. Es sei zu einfach, nur die Regierung zu kritisieren; Bewusstsein schaffen müsse man bei der Jugend. Als Beispiel nennt er die Klagen über den vermeintlichen Lehrstellenmangel; in Wirklichkeit liege es am Bildungssystem und an den Grundschulabsolventen selbst, von denen 20% funktionale Analphabeten seien. Der politische Diskurs werde einseitig von der (Verteilungs-)Gerechtigkeit bestimmt; die Herkunft des Wohlstands sei Nebensache.

Mehrmals nennt Androsch die Schweiz als Vorbild. Und was empfiehlt der Elder Statesman dem Nachbarn punkto Europa – bilateral mitmachen ohne mitbestimmen? Der Trend zur Renationalisierung erfordere mehr statt weniger Europa, wolle der Kontinent nicht bedeutungslos werden, meint er. Die Schweiz müsse Souveränität abgeben, ob ihr das passe oder nicht. So erfolgreich man «die Bilateralen» genutzt habe, deren Grenzen seien absehbar.